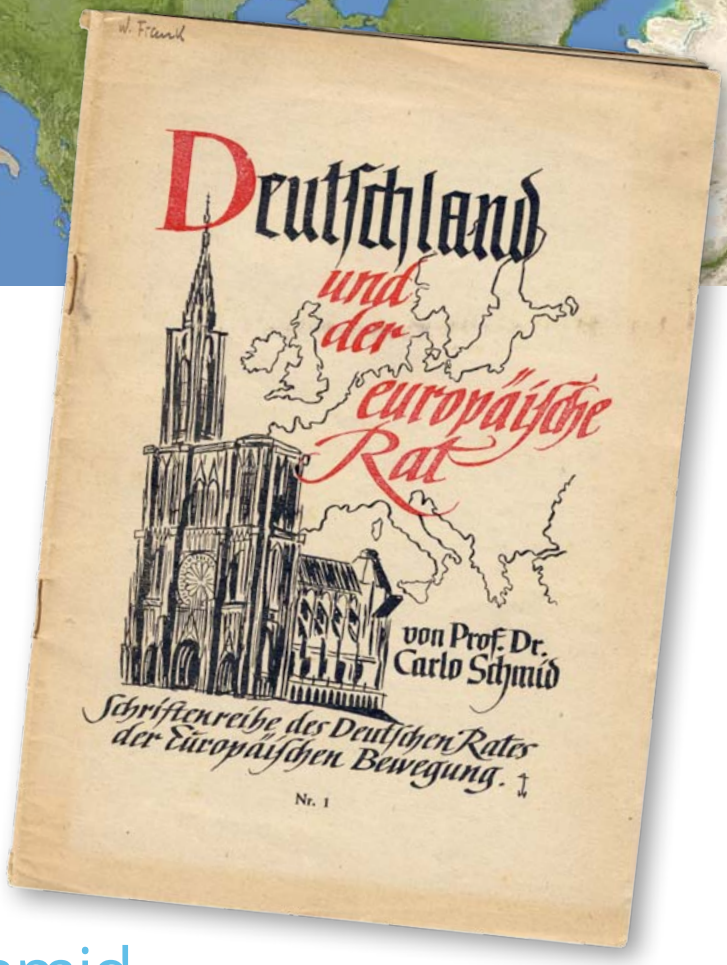
Europäische
Bewegung
Deutschland



Prof. Dr. Carlo Schmid
Deutschland und der europäische Rat

Rede zur konstituierenden Versammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung am 13. Juni 1949 in Wiesbaden

Neuauflage zum 65. Geburtstag der EBD

Ausstrahlung bis heute: ...

Vor wenigen Tagen, am 13. Juni, war es genau 65 Jahre her, dass in der noch sehr jungen Bundesrepublik der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung gegründet wurde. 265 Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft waren 1949 dabei, um der europäischen Integration – die damals einer Utopie glich – ein Forum zu geben. Winston Churchills Vision von den „Vereinigten Staaten von Europa“ und die bittere Erfahrung des Krieges waren Antrieb genug für charismatische Menschen wie Eugen Kogon oder Paul Löbe, der übrigens damals erster EBD-Präsident wurde. Auch Carlo Schmid, bewunderter Staatsrechtler und als Sozialdemokrat im Parlamentarischen Rat einer der Gründungsväter der Bundesrepublik, war an jenem Tag im Wiesbadener Staatstheater. Er hielt eine vielbeachtete Rede, die bis heute ausstrahlt.
So mancher seiner Sätze könnte am Rande heutiger Gipfeltreffen fallen, wenn wieder einmal um die Grundsatzfrage der Vertiefung gerungen wird: „Wenn die europäischen Völker nicht zugrunde gehen sollen, dann genügt ein Organ für die Koordination nationaler Interessen nicht. Dann wird man schon eine echte politische, ökonomische und konstitutionelle Einheit schaffen müssen.“

Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, sich auf das Gemeinsame, das Verbindende zu besinnen – und durchaus auch darauf, welche schrecklichen Folgen europäische Kleinstaaterei und egoistisches Kirchturmdenken über Jahrhunderte für Europa hatten. Carlo Schmids Rede macht das mit ihrem historisch-philosophischen Ansatz geradezu augenfällig. Was läge also näher, als seine klugen Worte zum 65. Jubiläum der Europäischen Bewegung Deutschland neu aufzulegen? Was läge näher, als damit – hoffentlich! – seinen Appell an die Völker Europas, endlich zusammenzuhalten, neu ins Bewusstsein der Europa-Akteure in Berlin, Paris, Brüssel, London und anderswo zu bringen? In diesem Sinne wünsche ich mir und unserem gemeinsamen Europa viele aufmerksame Leserinnen und Leser.

Ich danke allen Mitgliedsorganisationen, Förderern und Partnern für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit über viele Jahrzehnte. An ihrem 65. Geburtstag ist die EBD mitnichten eine in Ehren ergraute Dame, sondern als Deutschlands größtes zivilgesellschaftliches Netzwerk für Europa höchst lebendig, vielfältig und agil. Gerade angesichts der akuten Vertrauenskrise müssen Demokratie und Transparenz das europäische Projekt stärker prägen. Dafür die Rolle der Zivilgesellschaft in Gestaltung und Kommunikation Europas weiter zu stärken, ist ein zentraler Schritt. Die EBD steht bereit, ihren Teil dazu beizutragen.

Dr. Rainer Wend
Präsident der Europäischen Bewegung
Deutschland e.V.

... Carlo Schmids visionäre Europarede

Das Grundgesetz war kaum verkündet, als Carlo Schmid am 13. Juni 1949 bei der konstituierenden Versammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung seine visionäre Europarede hielt. Als einer der Väter dieses Grundgesetzes stellte er darin klar und unmissverständlich die Verbindung zwischen beiden Ereignissen her: „Auf den politisch wesentlichen Gebieten des staatlichen Lebens muss aber eine echte Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine europäische Organisation erfolgen ... Das Bonner Grundgesetz hat die Möglichkeit geschaffen, auf einfachstem Wege Hoheitsbefugnisse an internationale Einrichtungen zu übertragen." Dieser Hinweis auf die im wahrsten Sinne des Wortes europa-offene Verfassung der jungen Bundesrepublik zeigt, wie sehr Carlo Schmid an der Öffnung des Nationalstaatsprinzips zugunsten einer europäischen Ordnung gelegen war. Seine Lehre aus zwei Weltkriegen lautete: Entweder wir schaffen dieses gemeinsame Europa, oder wir gehen unter. Heute, 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, hat diese Einsicht ihre Aktualität nicht verloren.

Angesichts der wohl schwersten außenpolitischen Krise seit Ende des Kalten Kriegs, vor der wir heute in der Ukraine stehen, fragen wir uns heute, wie wir eine neue Spaltung unseres Kontinents verhindern können. In seiner damaligen Rede hat Carlo Schmid, Sohn einer Französin und eines Deutschen, die Antwort auf diese Frage vorweg genommen: „Wenn wir die Notwendigkeit, Europa zu schaffen, nur unter dem Gesichtspunkt begreifen, dass wir Europa gegen jemand machen müssen, dann schaffen wir nicht Europa, sondern eine ordinäre Koalition." Dies gilt heute genauso wie damals, in Zeiten des aufziehenden Kalten Kriegs. Europa ist kein Bollwerk. In diesem Europa können wir an einer Politik des Entweder Oder im Osten unseres Kontinents kein Interesse haben. Europas Stärke liegt auch 65 Jahre nach Carlo Schmids großer Rede in seiner verbindenden Kraft.

Die Rede von Carlo Schmid bleibt wegweisend. Der Europäischen Bewegung Deutschland danke ich daher herzlich für ihre Initiative, anlässlich ihres 65-jährigen Bestehens diese Rede neu herauszugeben. Sie ermutigt uns, das gemeinsame Engagement für ein friedliches und einiges Europas fortzusetzen.

Frank-Walter Steinmeier

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundesminister des Auswärtigen

Deutschland und der europäische Rat

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß es gut sein könnte, sich bei den Überlegungen, die man zu den akuten und sehr konkreten Gegenwartsfragen anzustellen hat, darauf zu besinnen, daß ihre Problematik nicht erst in der Gegenwart entstanden ist, in der wir sie erleben, sondern daß jedes große politische Problem seine lange Geschichte hat, seine europäische Geschichte, – und so auch das Problem Europa selbst. Letzen Endes ist die Geschichte dieses Problems die Geschichte Europas selbst, und zwar Geschichte im Bereich der Fakten und Geschichte im Bereich der Gedanken der Menschen über Sinn und Ziel dieser geschichtlichen Welt. Mit dem ersten Versuch, an Stelle des untergegangenen Imperiums der Antike eine neue abendländische Einheit zu schaffen, wird dieses Problem gestellt. Die Geschichte unseres Kontinents ist, wenn man in die Tiefenschichten geht, nicht viel mehr als Wechsel im Pendelschlag zwischen Idee und Opportunität, zwischen partikularem und universalem Denken, zwischen von der Vergangenheit gespeister Empirie und planendem, die Zukunft ersinnendem Geist.

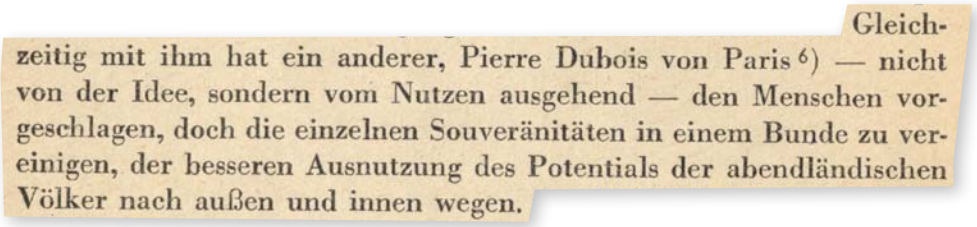
Als das sehr partikularem Denken entsprungene „pax et disciplina“[1] des Merowingischen Reiches abgelöst wurde durch das Karolingische „pax et justitia“[2] , da ist Europa schon als Aufgabe gestellt worden: Europa, konzipiert als irdische Spiegelung des Gottesstaates, von dem Aurelius Augustinus geschrieben hatte. **Karl der Große**, der sich nicht als Nachfahre de Cäsaren, sondern als Nachfolger des biblischen Königs David, als rex et sacerdos[3] nach der Ordnung Melchisedeks fühlte, hat – wir wissen das – bewußt dieses universale Europa schaffen wollen, um der „pax terrena“[4] eine Stätte zu schaffen, dieser „pax terrena“, die die Voraussetzung für ein Leben der Völker nach den Geboten Gottes ist. Aber kaum war dieses Werk begonnen, so zerbrach es wieder nach den unerbittlichen Gesetzen der dialektischen Bewegung der Geschichte: mit dem Anspruch daß Herrschaft nur dort legitim sei, wo sie in einen universalen Auftrag eingebettet ist, wo sie unmittelbaren Anschluß hat an das, was „heilsgeschichtlich“ aufgegeben ist, entsteht schon der Gegenanspruch, entsteht um die Jahrtausendwende herum schon das Wort

Im „Karls-Jahr“ 2014 wird der „Vater Europas“ in vielen Ländern gefeiert
Foto: Cabinet des Medailles Paris / Trajan117

Die Geschichte unseres Kontinents ist, wenn man in die Tiefenschichten geht, nicht viel mehr als Wechsel im Pendelschlag zwischen Idee und Opportunität, zwischen partikularem und universalem Denken, zwischen von der Vergangenheit gespeister Empirie und planendem, die Zukunft ersinnendem Geist.

von den Einzelfürsten, den „reguli“, den kleinen Königen (wie Walter sie später nennen sollte), „qui superiorem non recognoscunt“, die einen, der über ihnen steht, nicht anerkennen – und damit ist dem universalen Anspruch der „Wahrheit“ gegenüber der partikulare Anspruch der Souveränität entstanden.

1 pax et disciplina = Friede und Gehorsam
2 pax et justitia = Friede und Gerechtigkeit
3 rex et sacerdos = König und Priester
4 pax terrena = Friede auf Erden
5 Europa Imperialis = Kaiserliches Europa
6 Pierre Dubois = lebte in der 2. Hälfte des 13. und dem ersten Viertel des 14. Jahrhunderts


Gleich-
zeitig mit ihm hat ein anderer, Pierre Dubois von Paris 6) — nicht
von der Idee, sondern vom Nutzen ausgehend — den Menschen vor-
geschlagen, doch die einzelnen Souveränitäten in einem Bunde zu ver-
einigen, der besseren Ausnutzung des Potentials der abendländischen
Völker nach außen und innen wegen.

Und es hat nichts genützt, daß danach die Päpste der Oberlehnsherrschaft in Anspruch nahmen, niemand stärker als Bonifazius VIII., wie es vordem nichts genützt hatte, daß **Friedrich II. von Hohenstaufen** versuchte, ein „Europa imperialis“[5] zu schaffen, gestützt auf ein corpus saecularium principium, ein vom cäsarischen Imperium her bestimmtes Europa, als Genossenschaft weltlicher Fürsten. Aber mit dem Kampf um die Lösung dieser „Zeitfragen“ begann – wir werden dem noch oft begegnen – auch schon der sinnende und richtende Geist sich des Problems zu bemächtigen und mit ihm in die Geschichte einzutreten. **Dante Alighieri** ist es gewesen, der in dem Traktat „Von der Monarchie“ das großartige Bild eines von der Idee der Menschen her, von dem „Ort“ des Menschen im Kosmos her konzipierten Europa aufgegriffen hat, – ein Vorgang, der sich wiederholen wird. Gleichzeitig mit ihm hat ein anderer, **Pierre Dubois** von Paris[6] – nicht von der Idee, sondern vom Nutzen ausgehend – den Menschen vorgeschlagen, doch die einzelnen Souveränitäten in einem Bunde zu vereinigen, der besseren Ausnutzung des Potentials der abendländischen Völker nach außen und innen wegen. An die Stelle des Reiches, dieser „aufgegebenen Wirklichkeit“, setzte er den Bund, den Zweckverband, den man um seiner Nützlichkeit willen aus Klugheit anstreben soll.

Alle diese Dinge hatten keine unmittelbaren praktischen politischen Auswirkungen, ja, der Verfall politischen Universalismus ging weiter bis zur Denkunmöglichmachung seiner Idee selbst. Die Nominalisten mit ihrer Lehre, daß umso mehr in den Dingen Realität wohne, je weniger universal sie sind, machten den Anfang. Die staatliche Praxis in den welfischen Kommunen Ober- und Mittelitaliens setzte dieses neue Denken in konkrete Politik um, und schließlich ging von dem naturalistischen Denken der Florentiner der letzte Anstoß aus: **Lorenzo Valla und Nicolo Machiavelli** sind es gewesen, die bis in die letzte Konsequenz die Lehre verfolgten und vertraten, daß der isolierte Staat der Sinn seiner selbst sei, daß es keine Möglichkeit gäbe, über den isolierten Staat etwas anders zu schaffen, als eben einen die anderen Staaten in sich selber aufnehmenden größeren „isolierten“ Staat. Es ist durch dieses Denken auf Jahrhunderte hin die Möglichkeit genommen worden, in der Geschichte selbst einen sic entfaltenden Sinn und einen Fortschritt auf seine

Prof. Dr. Carlo Schmid (1896-1979) war einer der Väter des Grundgesetzes und des Godesberger Programms der SPD. Der Sohn eines Deutschen und einer Französin setzte sich engagiert für die europäische Integration und die deutsch-französische Aussöhnung ein. Nach Studium und Promotion zum Doktor juris trat Schmid 1925 in den Justizdienst des Landes Württemberg ein, war Richter am Amtsgericht und später Landgerichtsrat in Tübingen. Von 1930 bis zu seinem Einzug in die Wehrmacht 1940 lehrte er Völkerrecht an der Universität Tübingen, von 1946 bis 1953 war er dort Professor für Öffentliches Recht. Von 1949 bis 1972 war Schmid Mitglied des Deutschen Bundestages und zweimal dessen Vizepräsident (1949-66, 1969-72).
Für Carlo Schmid stand bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg fest, dass das Schicksal der europäischen Staaten davon abhänge, ob sie sich zu einer „eigenständigen Kraft“ entwickeln könnten. Entsprechend stark trat er für die europäische Integration ein. Die Einigung sollte „wirtschaftlich, politisch, militärisch“ vollzogen werden, hielt er in seinen Memoiren fest. Dieser Überzeugung ließ er Engagement folgen: 1949 wurde Carlo Schmid erster Vize-Präsident der Europa-Union Deutschland und übernahm im „Deutschen Rat der Europäischen Bewegung“ das Amt des Vorsitzenden der „Deutschen Parlamentarischen Sektion der Europäischen Bewegung“. Von 1970 bis 1974 war er Vorstandsmitglied des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung.
Foto: Harry Pot/Anefo

Paulskirche Frankfurt: Wo 1848 Deutschlands erste frei gewählte Parlamentarier tagten, hielt der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung am 17. Juli 1950 eine seiner ersten Kundgebungen ab.
Foto: Ullsteinbild – dpa

Verwirklichung hin zu sehen: sie hat keinen Sinn, sie ist eine Bühne, auf der die Menschen und Staaten im Wechsel von Virtus und Fortuna[7] steigen oder fallen. Ich nenne hier einen weiteren Namen: **Jean Bodin**[8], der von humanistischen Impulsen ausgehend und juristisch deduzierend die Souveränität der Staaten absolut setzt; vielleicht war hier auch das Bedürfnis des Calvinisten am Werk, durch das Absolutsetzen des Staates sich und die Minorität, der er angehörte, vor der möglichen Vergewaltigung durch die Majorität zu schützen. So – und von einer anderen Seite her – hat denn gerade die Glaubensspaltung das Dogma von der absoluten Souveränität der Staaten, und zwar der einzelnen Staaten, weitergetrieben, so weit, daß es in den konsequenten Weiterführung sich überschlagen und daß aus diesem Denken heraus einer der ersten und konkreten „politischen" Vorschläge zu einer rationalen Organisation der Christenheit, das heißt

An die Stelle des Gedankens einer überstaatlichen Ordnung tritt nun als Ordnungsprinzip das Völkerrecht: an Stelle der *über*staatlichen soll die *zwischen*staatliche Ordnung treten.

Europa, gemacht werden konnte: der „grand dessin" des Ministers Heinrich IV. von Frankreich, **Sully**, zwischen 1600 und 1607 entstanden (wohlbemerkt aus einem konsequenten Weiterdenken des Souveränitätsdogmas heraus!). Danach sollte eine wechselseitige Garantie der einzelnen Souveränitäten geschaffen werden durch die Schaffung eines „Ständigen Rates der europäischen Regierungen", und dieser Ständige Rat sollte oberste Instanz sein für alle religiösen Konflikte innerhalb der Staaten und von Staat zu Staat, für alle Grenzfragen, für alle internen Auseinandersetzungen – man denke an Religionskriege – und als Führungsorgan für den Abwehrkampf Europas gegenüber den Türken dienen. Daraus ist nichts geworden, wenn auch der Gedanke an den „grand dessin" nie untergegangen ist. Aber die Philosophie des Barock: Spinozas Lehren von dem Interesse als dem notwendigen „Leitmotiv" des Staates; die Lehre des **Hobbes**[9] vom **Leviathan**, dessen Zweck und Sinn es ist, die Kraft, die in ihm liegt, zu erhalten und sich zur Selbstverwirklichung bringen zu lassen, die Lehre, daß der Staat alles darf, was er kräftemäßig kann, und daß niemand ihm seinen Willen zügeln darf, es sei denn, daß er es „könne" – damit also diesen Staat, wie der Leviathan die kleinen Fische, in sich hineinziehend – diese Lehre, gekoppelt mit dem fast theologischen Axiom von der persönlichen Souveränität des absoluten Fürsten („le roi gouverne par lui même"[10])hat dann schließlich sehr den bloßen Gedanken einer überstaatlichen Ordnung mehr und mehr unmöglich gemacht. An die Stelle des Gedankens einer überstaatlichen Ordnung tritt nun als Ordnungsprinzip das Völkerrecht: an Stelle der *über*staatlichen soll die *zwischen*staatliche Ordnung treten.

Das Vernunftzeitalter ist gekennzeichnet durch die Lust an Projekten. Ihre Urheber interessieren weniger als ein großer Name: **Immanuel Kant**, in dessen Traktat vom ewigen Frieden als

7 Virtus und Fortuna = Kraftvolle Blüte und schicksalhafter Niedergang
8 Jean Bodin = Französischer Staatstheoretiker, 1530-1596
9 Thomas Hobbes = Englischer Staatsphilosoph, 1588-1679, der Leviathan erschien 1651
10 („Der König regiert durch sich selbst.")

Schematismus schon all das enthalten ist, was jeglichem konkreten Denken des europäischen Problems zugrunde liegen muß. Was hier geschrieben steht, ist beileibe kein Rezept und kein „Projekt“, aber eine sehr ernst zu nehmende – gerade vom aktiven Politiker sehr ernst zu nehmende – Darlegung dessen, was die Voraussetzungen „eines jeglichen Europa“ sind.

Die **Französische Revolution** leitet eine neue Phase ein. An die Stelle der Souveränität der Staaten setzt sie das Axiom von der Souveränität der freien Völker und das Axiom vom Befreiungsrecht der freiheitlichen Nationen zugunsten derer, die unfrei oder weniger frei sind. Es gibt einen ungewöhnlichen lesenswerten Traktat des jungen **Görres** über diese Dinge aus dem Jahre 1797, in dem er diese nach Ordnung darstellt und bejahend schildert als eine Art von Planetensystem, in dem die weniger politisch entwickelten, weniger „freien“ Staaten wie die Planeten um eine Sonne des am weitesten in der Freiheit fortgeschrittenen Staates kreisen. Hier bricht nun nach der napoleonischen Ära die Romantik ein mit ihren Aspekten der Varietät auf der einen, der Universalität auf der anderen Seite. Es entsteht die Vorstellung neu, daß es eine „aufgegebene“ Solidarität der Staaten gäbe, eine gemeinsame Pflicht zur Erhaltung der gottgewollten Ordnung; ihre politische Ausdrucksform wurde die **Heilige Allianz**. Die Heilige Allianz ist in der Tat der Versuch gewesen, unter Beibehaltung des Dogmas von der unteilbaren Souveränität der Staaten etwas wie eine echte, den Egoismus und das Interesse des einzelnen Staates transzendierende „europäische“ Ordnung zu schaffen: es sollte nämlich auf die Verfolgung des Interesses dort verzichtet werden, wo dadurch das Gesamtinteresse Europas in Frage gestellt werden könnte; und dem wiederum entsprach die Pflicht

Die Heilige Allianz ist in der Tat der Versuch gewesen, unter Beibehaltung des Dogmas von der unteilbaren Souveränität der Staaten etwas wie eine echte, den Egoismus und das Interesse des einzelnen Staates transzendierende „europäische“ Ordnung zu schaffen:

zur Intervention in innere Angelegenheiten jener Staaten, die das „öffentliche Recht Europas“ bedrohten. Und dieses „öffentliche Recht Europas“, das zu erhalten man sich verpflichtet fühlte, war das geschichtlich Gewordene, das durch die bloße Tatsache seine Existenz und seines Verbrieftseins schlechthin als der Ausdruck des göttlichen Willens galt. Dagegen wendete sich der Aufstand des bürgerlichen „Fortschritts“. Dem Primat des Geschichtlichen stellt er den Primat des Natürlichen entgegen, und das Natürliche im Bereich des Geschichtlichen wird nunmehr die Nation, – die **Nation** im dem Sinne, den **Mazzini** proklamiert hat. Und hier erscheint nun der Nationalstaat, der souveräne Nationalstaat, – nicht der Staat schlechthin, sondern der durch eine bestimmte Nation vergegenwärtigte Staat – als die größte der möglichen Einheiten, in denen Völker sich konstitutionell organisieren können. Jeder Überstaat vergewaltige nämlich die Natur, die nun einmal die Nation als die größte

mögliche Einheit über dem Individuum und der Familie geschaffen habe.

Das war nicht nihilistisch gedacht, sondern gleichsam als Schema für ein neues Ordnungsprinzip, das auf der Annahme beruhte, daß das Gleichgewicht und damit der Friede und die Voraussetzungen für ein gutes Leben der Völker am besten dadurch geschaffen und erhalten werde, daß man sich ein „natürliches“ Gefälle bilden und die Gravitationskräfte des Nationalen sich frei auswirken läßt. Im preußischen Machtstaat, dessen Nationalismus so sehr verschieden war von der nationalen Bewegung des Jahres 1848, hat dieses Denken dann eine böse Verkehrung erfahren.

Aus dem Bereich des Geistigen und der Ethik heraus ist gegen diese Entwicklung schon in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts eine Gegenbewegung aufgestanden, bezeichnenderweise unter dem Namen „**Friedensbewegung**“, die rein als Abwehr der bösen Folgen der Machtpolitik gedacht war. Weiter entstand im Bereich der praktischen Politik eine Methode, von den politischen Dingen technisch rational zu denken, in deren Gefolge die große Bewegung des positiven Völkerrechts des ausgehenden neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts, das Kriegsverhütungsrecht, d.h. Schiedsgerichtsbarkeit, und die Ausgestaltung der Mittel zur friedlichen Streiterledigung usw. geschaffen wurden. Nicht konstruktive Organisation „oberhalb“ der Staaten, sondern liberaler Ausgleich „unter“ den Staaten war die neue Vorstellung; nicht supranationale Lösungen, sondern internationale Lösungen wurden angestrebt.

Nicht konstruktive Organisation „oberhalb“ der Staaten, sondern liberaler Ausgleich „unter“ den Staaten war die neue Vorstellung; nicht *supra*nationale Lösungen, sondern *inter*nationale Lösungen wurden angestrebt.

Allerdings erklingt hier schon gelegentlich ein anderer Ton. Der Anspruch der sozialistischen **Arbeiter-Internationale**, sich an die Stelle des bisherigen Staatensystems zu setzen, bringt zum ersten mal den Gedanken auf, daß der Ort, an dem das Nationale und damit auch das Internationale gesehen werden müsse, anderswo als auf den gewohnten Bahnen des Denkens zu suchen sei. Der Staat dieser Zeit, wird dort gesagt, sei ein Produkt und Instrument des Klassenkampfes, und darum sei alles, was er bringt, und alles, was mit ihm zu tun hat, Funktion dieses Ursprungs. Die Verbundenheit der Arbeiterklasse über die Grenzen hinweg löse diesen Staat und seine Werke auf. In einer staatenlosen Welt werde sich das Problem der Regelung des Verhältnisses der Staaten zueinander nicht mehr stellen. Das war einmal der Sinn der Verse: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Von allen diesen Bewegungen aus gehen dann die Bestrebungen eines humanitär und wissenschaftlich denkenden politischen Internationalismus aus. Wir wissen alle, daß diese Bestrebungen und Bewegungen trotz dem vielen guten Willen, trotz dem vielen rechten Denken, trotz dem großen Pathos, das ihnen innewohnte, nicht haben verhindern können, daß der **Weltkrieg des Jahres 1914** ausgebrochen ist. Und hier zeigt sich ein merkwürdiges Phänomen – merkwürdig vielleicht nur, wenn man das Wort Heraklits[11] nicht richtig deutet – das Phänomen, daß aus diesen Kriegen heraus und aus der Organisation der Führung dieses Krieges wenigstens auf der einen Seite der Barrikade Dinge geschehen sind, die uns an die konkrete Verwirklichung Europas näher herangeführt haben als der viele gute Wille und der große Aufwand an Intelligenz vorher es vermochte. Es hat sich ergeben, daß auf Seiten der Entente eine sehr enge organisatorische Zusammenarbeit der Verbündeten sich als notwendig erwies, wenn die Kräfte richtig koordiniert werden sollten. Es ergab sich darüber hinaus die Notwendigkeit, gemeinsame Organe zu schaffen, die mit dem Wort „zwischenstaatlich“ nicht richtig erfaßt werden können, weil ihnen schon weitgehende überstaatliche Befugnisse zustanden. Es ist hier ein Modell eines konstruktiven Internationalismus geschaffen worden – wenn auch in höchst zweckgebundener Art und ohne irgendwelche Gedanken an Europa. Diese geglückte Abgabe wesentlicher Souveränitätsrechte militärischer und ökonomischer

Art an zwischenstaatlicher Organe mit überstaatlichen Tendenzen hat zusammen mit dem idealistischen Schwung aus den Vereinigten Staaten und England die Schaffung einer League of Nations als möglich erscheinen lassen. So entstand der **Genfer Völkerbund**.

Dieser Genfer Völkerbund hat aber letzten Endes das Dogma von der vollen Souveränität der Nationalstaaten nicht angetastet. Niemand unter seinen Gründern hat geglaubt, daß den Staaten zugemutet werden soll, Schichten ihrer Souveränität an Organe überstaatlicher Prägung abzugeben. Ganz im Gegenteil: alle Artikel der Völkerbundsatzung gehen davon aus, daß die Einzelstaaten souverän sind, und daß diese ihre Souveränität das Grundelement des politischen Systems ist, das man in Genf schuf. Auch die Versuche in der Zeit zwischen den beiden Kriegen – ich denke an die großartige Initiative eines **Briand**, ich denke an die Pläne zur Schaffung einer internationalen Organisatin der kollektiven Sicherheit oder an die **Locarno-Verträge** – gehen letzten Endes davon aus, daß man die Staaten nach wie vor als souverän, – das heißt einer Einfügung in ein überstaatliche Gefüge unfähig – betrachten müsse.

Der zweite Weltkrieg hat uns die **Vereinten Nationen** gebracht. Wenn wir über alle Staaten genauer lesen, so finden wir, daß ein wesensmäßiger Fortschritt über die Genfer Völkerbundsatzungen hinaus nicht festgestellt werden kann. Zwar hat die UNO eine größere Reichweite, zwar haben ihre Institutionen eine größere Breite, zwar sind sehr viele Erfahrungen, die man in Genf gemacht hat, nützlich verwendet worden (insbesondere, daß einzelne Organe in Permanenz tagen sollten), aber etwas wesentlich Neues ist nicht geschehen; nach wie vor liegt auch diesem Weg das Dogma von der unteilbaren und unreduzierbaren Souveränität des einzelnen Staates zugrunde. Den stärksten Ausdruck findet dieses Dogma in dem sogenannten Vetorecht der Großmächte innerhalb der UNO. Und der beste Ausdruck für die Wirklichkeit, die damit geschaffen worden ist, ist die kleine russische Vokabel „njet“. Immerhin sieht die Charte der Vereinten Nationen nicht bloß die Möglichkeit, sondern auch die Wünschbarkeit einer Ergänzung dieses Weltvertrages durch weitergehende regionale – und das heißt heute kontinentale – Abkommen vor.

Aber es hat sich in der Zeit des Krieges und der Jahre unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg noch einiges begeben, das ungewollt viel mehr für die Realisierung Europas getan hat, als vieles, das ausdrücklich zu diesem Zweck ins Werk gerufen wurde. Es sind das Ereignisse, bei denen die Urheber kaum daran gedacht haben, daß sie dennoch vielleicht einen Baustein für Europa herbeigetragen haben könnten. Zum Beispiel: die Tatsache der Besetzung nicht nur Deutschlands, sondern einer Reihe anderer Länder des Kontinents hat Probleme aufgeworfen, insbesondere Probleme der Kooperation für die es schlechthin keine andere Lösung gibt als die europäische. Die Notwendigkeit,

„Urkatastrophe“ Erster Weltkrieg: Vor 100 Jahren tobte die Schlacht an der Marne
Foto: Bundesarchiv

Hoffnung für die Welt?
Gründung des Völkerbunds in Genf 1926
Foto: Bundesarchiv

[11] Das Wort Heraklits = der Krieg ist der Vater aller Dinge

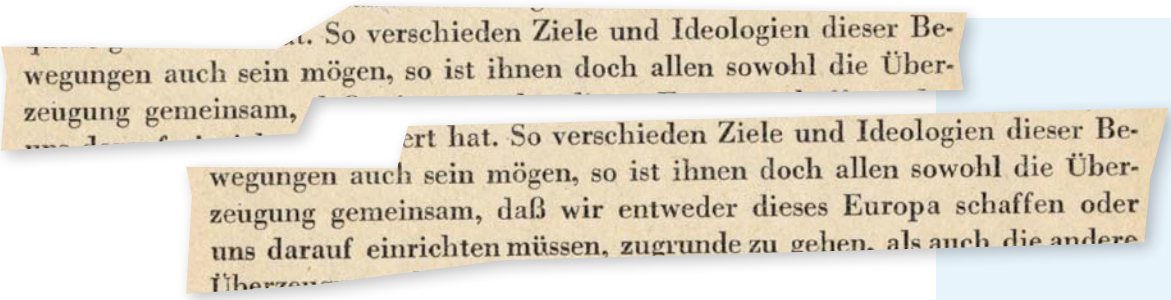
die Bevölkerungen – diese durch die apokalyptischen Reiter des letzten Krieges ausgehungerten Bevölkerungen – zu ernähren; der **Marshallplan** und alles, was damit zusammenhängt, hat die Staaten gezwungen, Einrichtungen zu schaffen, die, wenn sie auch heute noch nicht Organe einer europäischen Verfassung sind, doch durch ihr bloßes Dasein jene, die damit umzugehen haben, zwingen, supranational, das heißt europäisch zu denken. Wie gesagt jene, die diese Einrichtungen geschaffen haben – ich denke hier ans das Kohlenverteilungsbüro er UNO, das aus einer reinen alliierten Kriegseinrichtung im Jahre 1944 hervorgegangen ist –, haben ganz bestimmt nicht die Absicht gehabt, damit „Europa" machen zu wollen. Sie haben lediglich Einrichtungen schaffen wollen, die es den Verantwortlichen erlauben sollten, mit sehr konkreten und für sehr vorübergehend angesehenen Notständen besser fertig zu werden. Nichtsdestoweniger führte alles, was im kontinentalen Maßstab auf Planung und Koordinierung der Möglichkeiten der einzelnen Staaten ausgeht, letzten Endes notwendig auf Europa hin. Und noch ein Weiteres: die Sieger und auch ein Teil der sogenannten „Neutralen" haben sich darauf geeinigt, daß Deutschland nicht mehr so wie bisher in das Konzert der Nationen sollte aufgenommen werden, mit anderen Worten: man hat sich darauf geeinigt, Deutschland differentiell zu behandeln, man glaubte, daß dies notwendig sei, um eine Wiederholung von 1933 oder 1939 zu vermeiden. Auf der anderen Seite ist aber überall die Erkenntnis im Wachsen, daß man ein so großes Volk wie das deutsche – im Herzen des Kontinents gelegen – auf die Dauer nicht diskriminatorisch behandeln kann. Da man jedoch andererseits keine Lust hat, dieses Deutschland mit den anderen Völkern auf den gleichen „heutigen" Fuß zu stellen, zwingt die geschaffene Lage die verantwortlichen Staatsmänner in der Welt, sich ein politisches System auszudenken, das die

der Marshallplan und alles, was damit zusammenhängt, hat die Staaten gezwungen, Einrichtungen zu schaffen, die, wenn sie auch heute noch nicht Organe einer europäischen Verfassung sind, doch durch ihr bloßes Dasein jene, die damit umzugehen haben, zwingen, supranational, das heißt europäisch zu denken.

Möglichkeit gibt, Deutschland gleichen Anteil am Geschehen dieser Welt nehmen zu lassen, wie die anderen Staaten auch, jedoch ohne daß sich aus dieser Gleichheit ein neuer Wettbewerb um die Macht anspinnen kann. Und welche andere Möglichkeit kann es da denn geben als die, daß man das politische Geschehen in Europa aus dem Bereich des Nationalstaatlichen, des Souveränitätsdenkens herausnimmt und auf

Und welche andere Möglichkeit kann es da denn geben als die, daß man das politische Geschehen in Europa aus dem Bereich des Nationalstaatlichen, des Souveränitätsdenkens herausnimmt und auf eine höhere Ebene stellt

eine höhere Ebene stellt – mit anderen Worten, daß man versucht, in Europa ein „europäisches" System der Politik an Stelle des bisherigen nationalstaatlichen zu setzen?

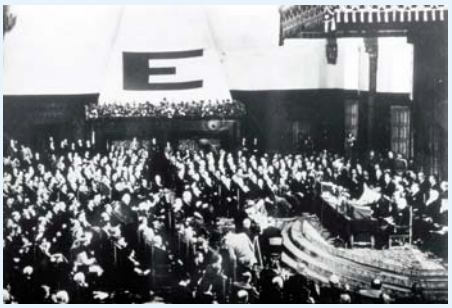

So verschieden Ziele und Ideologien dieser Bewegungen auch sein mögen, so ist ihnen doch allen sowohl die Überzeugung gemeinsam,

ert hat. So verschieden Ziele und Ideologien dieser Bewegungen auch sein mögen, so ist ihnen doch allen sowohl die Überzeugung gemeinsam, daß wir entweder dieses Europa schaffen oder uns darauf einrichten müssen, zugrunde zu gehen, als auch die andere

In dieser Lage setzte nun nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeit der verschiedenen nationalen und internationalen **europäischen Bewegungen** ein, deren Zusammensetzung Ihnen Herr Dr. **Kogon** so eloquent geschildert hat. So verschieden Ziele und Ideologien dieser Bewegungen auch sein mögen, so ist ihnen doch allen sowohl die Überzeugung gemeinsam, daß wir entweder dieses Europa schaffen oder uns darauf einrichten müssen, zugrunde zu gehen, als auch die andere Überzeugung, daß dieses Europa auf der Grundlage des Nationalstaates und des alten Souveränitätsdogmas nicht geschaffen werden kann, sondern daß dieses Europa nur dann wird geschaffen werden können, wenn die Staaten bereit sind, erhebliche Schichten ihrer Souveränität auf ein überstaatliches europäisches Gebilde zu übertragen.

Zu dieser Aktivität der Europäischen Bewegungen gesellt sich nun auch die planende Tätigkeit europäischer Regierungen, von denen einige wenigstens entschlossen zu schein scheinen, die praktische Lösung des Europaproblems nach Kräften zu fördern. Beides, die Pläne der Regierungen und die Impulse, die aus den Europaverbänden hervorgegangen sind, haben zu den Ergebnissen geführt, vor denen wir nunmehr stehen. Schon im März 1943 hat **Winston Churchill** – damals noch Ministerpräsident – die Schaffung einer europäischen Staatenföderation unter Einschluß aller wichtigen Zweige der europäischen Völkerfamilie verlangt. Sein praktischer Vorschlag ging dahin, einen europäischen Rat der Regierungen und einen europäischen Gerichtshof zu schaffen. Diese Initiative ist von diesem großen Beweger der Geschichte fortgesetzt worden in seiner Rede in Zürich im Jahre 1946, wo er einen europäischen Rat verlangte, der die Aufgabe haben solle, die europäische Wirtschaft zu harmonisieren, die Verteidigung Europas und das Zusammenwirken der europäischen Völker in der UNO zu organisieren. Es kam dann die Initiative der „**Union Européenne des Fédéralistes**“ auf der Konferenz in Montreux, wo klar ausgesprochen worden ist – mit einer Klarheit, der nichts hinzugefügt zu werden braucht –, daß die staatlichen Souveränitäten zugunsten einer europäischen Föderation wesentlich beschränkt werden müßten. Im Jahre 1947 kam es zur Schaffung eines Koordinationsausschusses, der die Bestrebungen dieser verschiedenen Ver-

Kraftakt Marshallplan:
Werbeplakat für Europas Wiederaufbau
Bild: US Government



E wie Europäische Einigung: Der Haager Kongress war federführend von Duncan Sandys, Winston Churchills Schwiegersohn, vorbereitet worden. Unter dem grünen E trafen sich vom 7. bis 10. Mai 720 Delegierte aus 17 Ländern, darunter namhafte Politiker, Künstler, Wissenschaftler und Repräsentanten der Zivilgesellschaft, um sich symbolträchtig für ein gemeinsames Europa einzusetzen. Konkrete europapolitische Ziele wurden jedoch nicht beschlossen.
Foto: Europäische Kommisson

Winston Churchill war Schirmherr des Haager Kongresses
Foto: EMI

bände ordnen sollte. Die Folgen davon war der **Kongreß von Den Haag vom 7. Mai 1948**, ein Kongreß, der manche enttäuscht hat, weil dort viel mehr Warnungen vor verführten Initiativen ausgesprochen, als Impulse für Aktivitäten gefördert wurden. Am 7. August 1948 wurde das Memorandum des Internationalen Komitees veröffentlicht, in dem eine europäische Vereinigung unter Beschränkung vorläufig auf die Staaten, die am Marshallplan vom 16. April 1948 teilhaben, verlangt wurde. Diese Vereinigung sollte im Wesentlichen weitere Initiativen vorbereiten, sollte Methoden prüfen und Empfehlungen an Regierungen und internationale Körperschaften geben können.

In diesem Augenblick wurde das Werk weit gefördert durch eine Initiative, die die französische Regierung am 18. August 1948 ergriffen hat. Das französische Kabinett beschloß an diesem Tage, den eben kurz skizzierten Vorschlag der Internationalen Kommission zu akzeptieren, und am 27. August 1948 fand dieses Tun die Zustimmung des Sprechers des State-Departments in Washington und die Zustimmung der Regierungen der Benelux-Staaten. Es kam zur Vereinbarung, das **Projekt einer Europäischen Versammlung** vor den Konsultativrat der Mächte des Brüsseler Paktes zu bringen. Die Welt hat sich gewundert, daß die britische Regierung – die Regierung des Landes also, von dem schon so oft große und generöse Impulse ausgegangen sind – sich zögernd verhielt, und man hat sogar davon gesprochen – und zwar in angesehenen Publikationen davon gesprochen – daß offensichtlich die britische Regierung und das britische Volk europafeindlich oder wenigstens europafremd seien. Ich glaube, daß nichts verkehrter ist als diese Annahme. Aber es gibt, wie bei allen großen Problemen, verschiedene Möglichkeiten, das Problem Europa zu denken. Geht das französische Denken im wesentlichen darauf aus, das Problem weitgehend für gelöst zu erachten, wenn man es „kartesianisch“ geordnet und gewisse Institutionen geschaffen hat, die diese Ordnung handhaben, so denkt das englische Volk und denken die heutige englischen Verantwortlichen wesentlich empirischer. Ich glaube sagen zu können, daß die zögernde Haltung der britischen Regierung im Wesentlichen von folgenden Gedanken diktiert gewesen ist: Europa schaffen ist weitgehend ein Problem europäischer wirtschaftlicher Planung. Eine solche europäische wirtschaftliche Planung setzt aber voraus, daß die einzelnen Mitgliedsstaaten selber konstitutionell und politisch in der Lage sind, innerhalb ihrer eigenen Grenzen geplante Wirtschaft zu treiben. Und da die englische Regierung diese Voraussetzungen nur im geringen

Aber es gibt, wie bei allen großen Problemen, verschiedene Möglichkeiten, das Problem Europa zu denken.

Maße in Europa erfüllt sah, konnte sie sich bisher nur zögernd zu einem „ja“ zu den Bestrebungen verstehen, von denen ich bisher gesprochen habe.

Im September letzten Jahres kam es zum **Aktionsplan des Kongresses der Europäischen Parlamentarischen Union in Interlaken**. Hier wurde resolut die Bildung einer europäischen Föderation verlangt, mit einem europäischen Parlament, einem europäischen Bundesrat, der die Regierung Europas sein sollte, und einer obersten Gerichtsbarkeit. Bezeichnenderweise waren die Gegenvorschläge der britischen Regierung äußerst sparsamer Art. Man beschränkte sich darauf, vorzuschlagen, den Brüsseler Pakt zu einer regionalen europäischen Organisation der UNO mit nur zwei Organen, einem Ministerrat und Fachausschüssen, zu erweitern. Am 26. Oktober des letzten Jahres setzte der Konsultativrat der Mächte des Brüsseler Paktes die Bildung eines Ausschusses zur Prüfung eines Programms für eine europäische Union durch. Dazu kam, daß das Exekutivbüro der Europäischen Bewegung einen Vorschlag für die Arbeiten dieses Komitees zu machen in der Lage war. Und dieser Vorschlag war eine Verschmelzung des britischen Gedankens eines europäischen Ministerrates mit dem französisch-belgischen Plan einer europäischen beratenden Versammlung, deren Mitglieder nicht durch die Regierungen ernannt, sondern durch die Parlamente gewählt werden sollten. Am 5. Mai dieses Jahres kam es dann zum Abschluß eines Paktes zwischen Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Großbritannien, des Paktes, durch den der **Europäische Rat** eingesetzt wurde, dieser Europäische Rat, der sich noch in diesem Jahr in Straßburg konstituieren wird.

Sind damit, daß dieser Pakt geschlossen worden ist, die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen worden? Sie sind damit noch nicht geschaffen worden. Durch diesen Pakt ist lediglich ein Schritt weiter in Richtung auf sie hin getan worden. Und wir sollten uns davor hüten, in diesem Pakt und in dem Straßburger Europarat mehr zu sehen, als von den Urhebern gemeint war; mehr zu sehen, als zu aktualisieren in den Kräften derer stehen wird, die im Rahmen dieses

Dazu kam, daß das Exekutivbüro der Europäischen Bewegung einen Vorschlag für die Arbeiten dieses Komitees zu machen in der Lage war. Und dieser Vorschlag war eine Verschmelzung des britischen Gedankens eines europäischen Ministerrates mit dem französisch-belgischen Plan einer europäischen beratenden Versammlung, deren Mitglieder nicht durch die Regierungen ernannt, sondern durch die Parlamente gewählt werden sollten.

Paktes werden arbeiten müssen. Europa wird, wenn es seinen Sinn erfüllen soll, einmal mehr sein müssen, als das Modell, das in diesem Pakt geschaffen wurde. Wenn Europa wirklich die Funktionen soll erfüllen können, die erfüllt werden müssen, wenn die europäischen Völker nicht zugrunde gehen sollen, dann genügt ein Organ für die Koordination nationaler Interessen nicht. Dann wird man schon eine echt politische,

Wenn Europa wirklich die Funktionen soll erfüllen können, die erfüllt werden müssen, wenn die europäischen Völker nicht zugrunde gehen sollen, dann genügt ein Organ für die Koordination nationaler Interessen nicht. Dann wird man schon eine echt politische, ökonomische und konstitutionelle Einheit schaffen müssen.

wir müssen uns künftig von dem Dogma von der Unteilbarkeit der Souveränität lösen. Die Souveränität ist teilbar wie alles andere von Menschen Erfundene auf dieser Welt.

Geburtsstunde der EU: Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge endete die jahrhundertealte Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Auch die Benelux-Staaten und Italien riefen am 25. März 1957 die EU-Vorläufer EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaf), EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft) ins Leben, um wirtschaftlich enger zusammenzuarbeiten.
Foto: Europäische Kommission

ökonomische und konstitutionelle Einheit schaffen müssen. Diese Einheit, meine Damen und Herren, braucht nicht alle Lebensgebiete, auf denen sich die Staaten tummeln, zu umfassen. Auf den politisch wesentlichen Gebieten des staatlichen Lebens muß aber eine echte Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine europäische Organisation erfolgen. Mit anderen Worten: wir müssen uns künftig von dem Dogma von der Unteilbarkeit der Souveränität lösen. Die Souveränität ist teilbar wie alles andere von Menschen Erfundene auf diese Welt, und ich glaube, da wir von den Möglichkeiten, die sich aus dieser neuen Vorstellung ergeben, den richtigen, das heißt einen ausgiebigen Gebrauch machen sollten.

Das **Bonner Grundgesetz** hat die Möglichkeit geschaffen, auf einfachstem Wege Hoheitsbefugnisse an internationale Einrichtungen zu übertragen. Zu den Bereichen, die von den Einzelstaaten weg auf die europäische Föderation übertragen werden sollten, gehören meines Erachtens vor allem die auswärtigen Beziehungen. Mit anderen Worten: zwischenstaatliche Verhandlungen wird es über die Grenzen dieses Europa nur noch mit einer europäischen Regierung als Verhandlungsführer geben können. Weiter gehören dazu der Bereich der Verteidigung, gewisse, wenn auch längst nicht alle Bereiche der Wirtschaftsgesetzgebung, der Währungsgesetzgebung, der Finanzgesetzgebung und des Verkehrs. Weiter wird die Einheit des Wirtschafts- und Zollgebiets hergestellt werden müssen, legislativ und administrativ, und man wird sich sehr bald daran machen müssen, die wichtigsten Rohstoffgebiete Europas zu europäisieren.

Hier möchte ich, meine Damen und Herren, auf etwas hinweisen, das oft übersehen wird: diese Dinge, denen man so gern Beifall klatscht, bringen nicht jedem Partner lauter Vorteile, sondern diese Dinge werden Vorteile wohl nur für das Ganze bringen. Und das wird voraussetzen, daß die Glieder dieses Ganzen bereit sind, auf gewisse Vorteile zu verzichten, die ihnen die heutige Anarchie bietet. Das wiederum wird zur Voraussetzung haben, da in einigen Staaten gewisse verfassungsmäßige und institutionelle und politische Veränderungen werden vorgehen müssen, denn ohne eine Korrespondenz der Verhältnisse in den einzelnen Staaten mit den Verhältnissen des Ganzen wird dieses Ganze nie funktionsfähig sein können.

Wir werden uns klar werden müssen darüber, daß ein hegemoniales Europa so gut eine Unmöglichkeit ist, wie ein Europa, das leidglich eine Konföderation souverän bleibender Staaten ist. Wir dürfen also keinen Staatenbund anstreben. Europa muß man schon als Bundesstaat wollen, wenn man ein wirksames Europa will! Und das bedeutet, meine Damen und Herren,

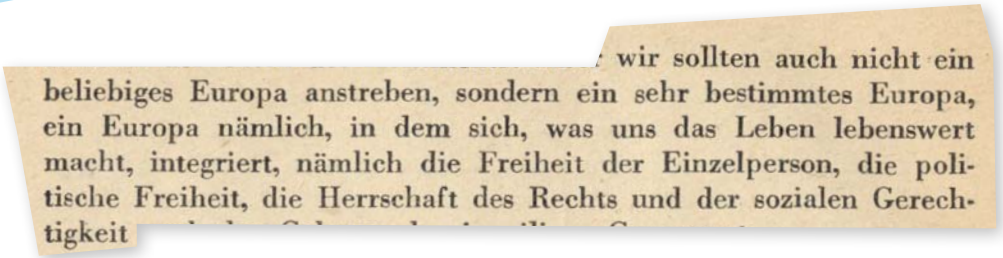
daß die Beziehungen zwischen seinen Gliedern nicht völkerrechtliche und diplomatische Beziehungen sein können, sondern daß diese Beziehungen geregelt werden durch das europäische Bundesrecht. Wenn wir es anders machen, bekommen wir ein Europa, das nicht „europäisch“ ist, sondern ein Mosaik von Nationalstaaten. Diese Vereinigten Staaten von Europa, dieser europäische Bundesstaat braucht eigene Organe, und zwar europäische Organe. Er wird

diese Dinge, denen man so gern Beifall klatscht, bringen nicht jedem Partner lauter Vorteile, sondern diese Dinge werden Vorteile wohl nur für das Ganze bringen. Und das wird voraussetzen, daß die Glieder dieses Ganzen bereit sind, auf gewisse Vorteile zu verzichten,

ein Parlament brauchen, und dieses Parlament sollte nicht aus Delegationen der nationalen Parlamente bestehen, sondern dieses Parlament sollte europäisch gewählt werden, das heißt, direkt, allgemein und gleich vom Volke Europas. Innerhalb dieses Parlaments sollten die Abgeordneten sich nicht nach Nationen, sondern nach Fraktionen gruppieren, das heißt, es sollten nicht die Franzosen und die Deutschen und die Briten beieinander sitzen, sondern es sollen sich als zusammengehörige Gruppen fühlen und konstituieren die Sozialisten, die Konservativen, die Liberalen, ohne Rücksicht darauf, wo sie gewählt worden sind. Weiter braucht dieses Europa ein Organ, in dem seine Gliedstaaten zur Auswirkung kommen, am besten ein Staatenhaus als das Organ, in dem zur Vertretung gebracht wird, was die Völker Europas differenziert. Denn um es klar auszusprechen: Wenn wir auch ein kraftvolles und einheitliches Europa wollen müssen, so müssen wir doch gleichzeitig wollen, daß das, was Europa groß gemacht hat, nämlich seine Fähigkeit, in der Einheit zu differenzieren, erhalten bleibt.

Weiter wird Europa eine Regierung brauchen, und zwar muß diese Regierung eine echte europäische Regierung sein, das heißt ein Organ, in dem – wenn auch durch verschiedene Filter gesiebt – nicht nationale Interessen ausgehandelt werden, sondern in dem ein gesamteuropäischer Wille ausgebildet wird. Ob man ein solches Regierungsorgan in der Form eines Bundesrates oder nach anderen Modellen, die bisher im Schwange waren, bildet, ist nicht so wichtig wie der Umstand, daß seine Mitglieder sich nicht als Abgesandte ihrer Heimat-Staaten, sondern als Europäer verantwortlich fühlen. Schließlich wird man ein oberstes Gerichtsorgan in Europa brauchen, ein Organ, das nicht nur zuständig sein

dieses Parlament sollte europäisch gewählt werden, das heißt, direkt, allgemein und gleich vom Volke Europas. Innerhalb dieses Parlamentes sollten die Abgeordneten sich nicht nach Nationen, sondern nach Fraktionen gruppieren,


wir sollten auch nicht ein beliebiges Europa anstreben, sondern ein sehr bestimmtes Europa, ein Europa nämlich, in dem sich, was uns das Leben lebenswert macht, integriert, nämlich die Freiheit der Einzelperson, die politische Freiheit, die Herrschaft des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit

muß in letzter, allerletzter Instanz über Achtung oder Nichtachtung der fundamentalen Prinzipien, in denen sich die europäische Ordnung integriert, sondern in dem ein Stück Rechtsentwicklung über den Stand hinausgetrieben werden kann, den uns die letzten Jahrhunderte beschert haben.

Und dann möchte ich noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, den wir nie übersehen sollten: wenn wir die Notwendigkeit, Europa zu schaffen, nur unter dem Gesichtspunkt begreifen, daß wir ein Europa „gegen jemand" machen müssen, dann schaffen wir nicht Europa, sondern eine ordinäre Koalition. Dann wird dieses Europa nur so lange leben, als die Bedrohung manifest ist. Und wir sollten auch nicht an Europa denken als eine Art neuer Heiliger Allianz zum Schutz bestimmter geschichtlich entstandener Privilegien und Klassensituationen. Und wir sollten auch, wenn wir an Europa denken, nicht an das gegenwärtige Klein-Europa denken, sondern an das richtige gute, alte, kontinentale Europa, zu dem der Osten genau so gehört wie der Westen, und zwar nicht nur der Osten Deutschlands, sondern der Osten des Kontinents! Aber wir sollten auch nicht ein beliebiges Europa anstreben, sondern ein sehr bestimmtes Europa, ein Europa nämlich, in dem sich, was uns das Leben lebenswert macht, integriert, nämlich die Freiheit der Einzelperson, die politische Freiheit, die Herrschaft des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit nach den Geboten der jeweiligen Gegenwart.

Was von diesen Dingen ist in dem **Abkommen vom 5. Mai** dieses Jahres, dem Abkommen über den Europarat, erfüllt? Nicht sehr viel, meine Damen und Herren, eigentlich beinahe nichts. Denn dieses Abkommen schafft keine überstaatliche Realität, sondern begründet nur zwischenstaatliche Rechte und Pflichten, dazu Rechte und Pflichten recht begrenzter Art. Mit anderen Worten: wir kommen auch mit diesem Abkommen aus dem Bereich des Zwischenstaatlichen noch nicht heraus; man hat darin den Schritt zum Überstaatlichen noch nicht gewagt. Das zeigt sich ganz deutlich aus den Formulierungen der Präambel, die lediglich davon spricht, daß die Staaten sich enger zusammen und aneinanderschließen müssen; und es zeigt sich vor allem darin, daß die Organe, die geschaffen werden, der Europarat mit seinen zwei Institutionen: Ministerausschuß und Beratende Versammlung, ganz typische zwischenstaatliche Organe sind und keine Organe, an die Souveränitätsrechte im eigentlichen Sinne des Wortes abgetreten werden können. Solche Übertragungen von Souveränitätsrechten sieht das Abkommen auch gar nicht vor. Alles, was es vorsieht, ist, daß die Bestrebungen der Mitgliedstaaten koordiniert werden sollen, daß die Organe, die das Abkommen schafft, Orte sein sollen, an denen Vereinbarungen getroffen werden und an denen der gute Wille zum politischen und sozialen Fortschritt gefördert werden kann. Nirgends kommt das deutlicher zum Ausdruck als in der Bestimmung, daß Angelegenheiten der nationalen Ver-

teidigung nicht zur Zuständigkeit des Europarates gehören sollen.

In allen wichtigen Fragen herrscht beim Ministerausschuß – dem eigentlichen, bestimmenden Organ – der Zwang zur Einstimmigkeit. Es besteht also keine Möglichkeit, in den wichtigen Sachen Mehrheitsbeschlüsse herbeizuführen; wenn nicht jeweils alle Staaten zustimmen, geschieht nichts. Außer bei Stimmenthaltung wird es nicht möglich sein, ohne ein eigenes „ja“ zu etwas verpflichtet zu werden. Außerdem ist dieser Europarat noch durchaus nicht universal-europäisch. Da es sich bei seinem Statut um ein Vertragswerk handelt, ist es selbstverständlich, daß sich seine Rechtswirkungen ursprünglich nur auf die vertragsschließenden Staaten erstrecken. Wichtiger ist, daß für den Beitritt neuer Staaten – sie werden durch den Ministerausschuß eingeladen – die Möglichkeit differentieller Behandlung vorgesehen ist. Gewisse Staaten können nämlich unter Umständen als Mitglieder minderen Rechts eingeladen werden, nämlich nur mit dem Recht von Sitz und Stimme in der Beratenden Versammlung, aber ohne das Recht, den Ministerausschuß beschicken zu können. Ich nehme an, daß diese Bestimmungen getroffen worden sind im Hinblick auf die heutige Situation Deutschlands, eines besetzten Landes, das noch nicht die Möglichkeit der Führung einer eigenen verantwortlichen Außenpolitik hat.

Meine Damen und Herren, die Befugnisse der einzelnen Organe werden Ihnen nachher durch meinen Kollegen Dr. Spiecker erläutert werden. Ich glaube darum, über diese Dinge weggehen zu können. Nur eins möchte ich Ihnen hierzu noch sagen: das Maximum, das in der Zuständigkeit des Europarates steht, ist, Empfehlungen an die Regierungen zu geben. Ob die Regierungen diese Empfehlungen durchführen oder nicht, hängt letzten Endes von der Behandlung ab, die sie ihren politischen Interessen angedeihen lassen. Die Beratende Versammlung, das Parlament in Straßburg also, ist seinerseits berechtigt, seine Empfehlungen an die Außenminister im Ministerausschuß zu erteilen, und diese Versammlung muß sich ihre Tagesordnung von dem Ministerausschuß genehmigen lassen!

Das, meine Damen und Herren, ist der Rechtszustand, dem wir gegenüberstehen. Ohne jede Frage ist dieses Abkommen vom Mai dieses Jahres ein großer und höchst begrüßenswerter Fortschritt auf dem Gebiet der Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Aber dieses Abkommen ist noch nicht die Charte der Vereinigten Staaten von Europa. Hier ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, und wir wollen hoffen, daß wir Deutschen künftig mehr werden beitragen können, als wir bisher – aus unserer Lage heraus verständlich – beizutragen vermochten. Ich weiß

Ein „europäisch gewähltes Parlament“: Wovon Carlo Schmid zu Zeiten der „Beratenden Versammlung“ in Straßburg noch träumte, hat Europa inzwischen – zumindest teilweise.
Foto: Europäisches Parlament

Seit das EP 1979 erstmals direkt gewählt wurde, bemüht sich die Europäische Bewegung Deutschland ihren Teil zu einer hohe Wahlbeteiligung beizutragen – zuletzt 2014 mit der erfolgreichen Multiplikatorenkampagne „1000 gute Gründe für Europa“.
Bild: EBD

Ohne jede Frage ist dieses Abkommen vom Mai dieses Jahres ein großer und höchst begrüßenswerter Fortschritt auf dem Gebiet der Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Aber dieses Abkommen ist noch nicht die Charta der Vereinigten Staaten von Europa. Hier ist noch ein weiter Weg zurückzulegen,

Nichts schadet der Verwirklichung des Richtigen so sehr, als die Gewöhnung an das *Halb- und Viertelrichtige*, — hier also die Vorstellung etwa: was wir jetzt haben, das reicht vorläufig aus; oder Vorstellungen wie die: wir müssen realistisch sein und nicht mehr verlangen, als uns nun in den Schoß geworfen ist, — solche Vorstellungen können sehr lähmend und damit höchst antipolitisch wirken!

nicht, ob eine Delegation ordnungsgemäß bestellter deutscher Mitglieder der Beratenden Versammlung schon an der Konstituierung dieser Versammlung in Straßburg wird teilnehmen können. Die Möglichkeit solcher Teilnahme setzte eine Einladung des Ministerausschusses an eine deutsche Regierung voraus. Solange eine deutsche Regierung nicht besteht, sehe ich keine rechte Möglichkeit, wie eine solche Einladung sollte erfolgen können. Es läßt sich einer deutschen Regierung nicht etwas anderes substituieren, denn das ganze System des Abkommens vom 5. Mai setzt die Aktivität verantwortlicher Regierungen voraus, die durch ihr Wort ihren Staat rechtsgeschäftlich zu engagieren vermögen.

Wir wissen nicht, als was wir Deutschen eingeladen werden, ob als ordentliche Mitglieder oder nur als assoziierte Mitglieder, also als Mitglieder minderen Rechts, und es ist nicht unsere Aufgabe, hier zu entscheiden, ob die Deutsche Bundesregierung eine Einladung annehmen soll oder nicht. Es wird aber eine Reihe von Problemen zu bedenken geben. Es wir sehr ernsthaft zu bedenken sein, ob durch den Beitritt zu der Straßburger Einrichtung nicht vielleicht die Spaltung Deutschlands und damit die Spaltung Europas vertieft werden könnte. Das Ja oder das Nein, das hier ausgesprochen werden sollte, wird vor dem deutschen Volke und vor Europa verantwortet werden müssen.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland beitritt – wer soll dann in die Beratende Versammlung geschickt werden? Ich glaube, daß man dabei insbesondere daran denken sollte, da nur solche Personen dort werden politisch wirken können, die etwas repräsentieren, das heißt, die einen der politischen Faktoren, die in Deutschland wirksam sind – sie können sehr verschiedener Art sein – vergegenwärtigen, deren Wort also die politischen Kräfte unseres Landes zu engagieren oder in Bewegung zu setzen vermag.

Und wir sollten, glaube ich, von hier aus auch fordern, daß die deutschen Abgeordneten in dieser europäischen Versammlung ihre Stimme sollen frei abgeben können und nicht gebunden an ein imperatives Mandat ihrer Regierung. Aber auch dann werden wir noch nicht Europa haben! In all den Dingen liegt eine große Gefahr: die Gefahr nämlich, daß man das jetzt Erreichte für einen so großen Fortschritt hält, daß man für einige Jahre der Notwendigkeit entbunden ist, sich neue und weiterblickende Gedanken zu machen. Nichts schadet der Verwirklichung des Richtigen so sehr, als die Gewöhnung an das Halb- und Viertelrichtige, – hier also die Vorstellung etwa: was wir jetzt haben, das reicht vorläufig aus; oder Vorstellungen wie die: wir müssen realistisch sein und nicht mehr verlangen, als uns nun in den Schoß geworden ist, – solche Vorstellungen können sehr lähmend und damit höchst antipolitisch wirken! Gewiß, man muß sich aller Illusionen entschlagen. Gewiß, man muß sich hüten, auch bei diesen Dingen aus dem Bereich der Realitäten herauszutreten. Aber, man muß in diesen Bereichen auch existieren können mit dem Mut

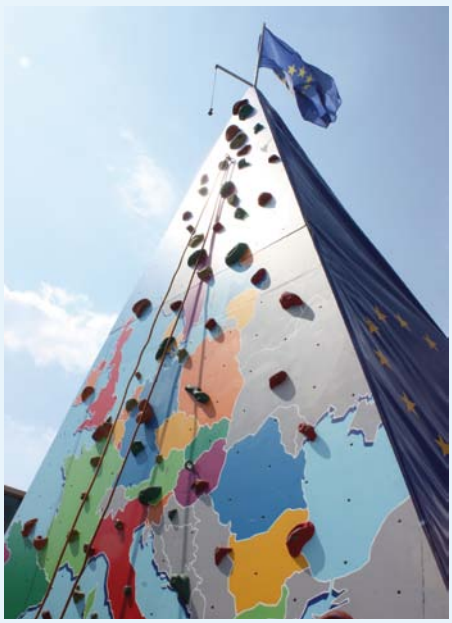
zum Notwendigen und dem Mut, neue Bahnen zu betreten, Bahnen, deren Etappen noch nicht vorausberechnet sind! Wir hoffen, daß die Staatsmänner Europas diesen Mut haben werden. Wenn sie ihn nicht sollten aufbringen können, dann wird es vielleicht sehr bald kein Problem „Europa“ mehr zu lösen geben, – in einem anderen Sinn, als wir es meinen und wünschen.

Ich glaube, daß wir Deutsche es an diesem Mute nicht fehlen lassen werden. Ich glaube, daß wenige so brennend am eigenen Leibe die Notwendigkeit, Europa zu schaffen, verspürt haben, als gerade wir. Wir haben in Europa manches einzubringen, vor allem aber unsere Jugend. Im Gegensatz zu den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, wo die Niederlage sich gerade bei unserer Jugend in einem neuen Aufflammen der nationalistischen Erbitterung auswirkte, hat nach diesem Krieg unsere Jugend – vielleicht gerade deswegen, weil sie so schlimm verführt worden ist, und weil sie dessen inne wurde, daß sie sich hat verführen lassen – ziemlich einhellig den Glauben gefaßt, daß wir unser Volk aus seiner Not nur werden herausführen können, wenn alle Völker dieses Kontinents sich zusammen in den Vereinigten Staaten von Europa vereinigen.

Und diese deutsche Jugend – das ist eine Bürgschaft – denkt an diese Dinge ohne Emphase, ohne romantische Träumerei, sondern in heiliger Nüchternheit und in einem sehr seiner selbst bewußten Realismus. Ich glaube, daß sie in diesem ihrem Streben, in dieser ihrer Entscheidung für Europa der Jugend in den anderen Nationen gleich ist.

Ich möchte schließen mit den Worten, die ich vor einiger Zeit in einem Kreise junger Leute zu hören bekam: „Wenn die Alten über das notwendige Maß an Bedachtsamkeit hinaus zögern sollten, dann werden wir Jungen ihnen das Steuer aus der Hand nehmen, denn das Schiff unserer Zukunft kommt nur mit einem Kurs zum guten Hafen: mit dem Kurs auf Europa!“ Die Jugend dieses Kontinents wird diesen Kurs steuern.

„Wenn die Alten über das notwendige Maß an Bedachtsamkeit hinaus zögern sollten, dann werden wir Jungen ihnen das Steuer aus der Hand nehmen, denn das Schiff unserer Zukunft kommt nur mit *einem* Kurs zum guten Hafen: mit dem Kurs auf Europa!“



Carlo Schmid ahnte es: Bis zur Charta der Vereinigten Staaten von Europa ist noch ein weiter (und manchmal steiler) Weg zurückzulegen.
Foto: EBD

Eugen Kogon bei der Eröffnungssitzung des Europarates in Straßburg 1950
Foto: ullstein-bild

Vernetzt für mehr Europa

Die Europäische Bewegung Deutschland ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk für Europa in Deutschland. Sie vereint aktuell mehr als 200 Interessengruppen aus allen gesellschaftlichen Bereichen: Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, Parteien und Unternehmen.

Das Ziel der Europäischen Bewegung Deutschland ist die Förderung der europäischen Integration in Deutschland und Europa. Hierzu unterstützt und gestaltet sie die Europäisierung von Strukturen und Akteuren durch Information und Vernetzung. Als Mittlerorganisation des Auswärtigen Amts initiiert und organisiert die Europäische Bewegung Deutschland seit 1949 den europapolitischen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft und setzt mit Stellungnahmen europäische Akzente. Präsident des Netzwerks ist Dr. Rainer Wend.

Gefördert durch:

Auswärtiges Amt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Kontakt

Europäische Bewegung Deutschland e.V.
V.i.S.d.P. Bernd Hüttemann
Sophienstraße 28/29
D-10178 Berlin
T +49 (0)30 30 36 20-110
F +49 (0)30 30 36 20-119
info@netzwerk-ebd.de
www.netzwerk-ebd.de